

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landwirtschafterzeitung und „Illustriertes Unterhaltungsblatt.“ — Besondere Monatl. für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streifung erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Besonderepreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise ober deren Raum 15 Pfg., die Spaltenpreise Reklamespalt 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühr: 10.— Mk. das Zahlen, zusätzlich Postgebühr; Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags über.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 97

Donnerstag, den 18. August 1932

34. Jahrg.

Export stärkt den Binnenmarkt

Das Schlagwort von der Bedeutung des Binnenmarktes beherrscht in letzter Zeit bestimmend jede handelspolitische Debatte. In Zeitungen aller Schattierungen, in den Reden der Politiker und Wirtschaftler, auf Tagungen und in Rundbüchsen, immer wieder hört man in mehr oder minder abgemandelter Form den Satz: Nur durch die Wiedererschließung und sorgfältige Pflege des Binnenmarktes kann langfristig aber sicher eine durchgreifende Gesundung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden.

Gewiß, die Wiederaufichtung des deutschen Binnenmarktes ist ein erstrebenswertes Ziel, Industrie und Landwirtschaft sind sich in ihm einzig, und die gegenwärtigen Leiter der deutschen Handelspolitik können immer wieder, daß sie alles tun werden, um es zu erreichen.

Aber schon die nächste Frage: Wie ist die Wiederherstellung des Binnenmarktes zu erreichen? bildet den Anlaß zu mancherlei Streitigkeiten und hat eine Reihe von tiefen Begründungen entzünden lassen, die zu überbrücken nicht zu schmerzhaft sein dürften, würde man frei von utopischen Ideen und einseitigen Interessen an die Lösung dieser Frage herangehen. Denn mit der praktischen Anwendung des schönen Wortes „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ ist es in diesem Falle nicht getan, man muß sich ihnen auf den einen Weg einigen, der für beide, Industrie und Landwirtschaft, gangbar ist. Er dürfte nicht schwer zu finden sein, die von dienstfertigen und vermeintlichen Handelspolitikern angepöbelten Schwierigkeiten sind in Wirklichkeit meist vorhanden. Wie immer liegt er in der Mitte. Allerdings muß der gute Wille zur Verständigung vorhanden sein. Wenn auf beiden Seiten etwas nachgegeben wird, kann und muß das Ziel erreicht werden.

Wesentlich für die Wiederaufichtung des Binnenmarktes ist die Sanierung der Landwirtschaft. Sie leidet seit langem an einer schweren Schuldenlast und unzulänglicher Preise (siehe ihre Produktion schon vor Jahren unrentabel werden). Die unter der Regierung Brüning durchgeführten Zollerhöhungen und anderen politischen Maßnahmen sind nur zum geringen Teil wirksam geworden und haben einer weiteren Verschlechterung der landwirtschaftlichen Lage nicht Einhalt gebieten können. Seit langem ruft die Landwirtschaft nach neuen Zollerhöhungen und nach Einfuhrkontingenzen, die ihre Produktion wieder einigermaßen rentabel gestalten sollen.

Aber mit Zollerhöhungen und Kontingenzen ist es allein nicht getan, es kommt noch ein anderer, sehr wesentlicher Faktor hinzu, der meistens übersehen wird; die Kaufkraft der Industriebewohner. Was helfen alle Zollerhöhungen und Kontingenzen, wenn die deutsche Bevölkerung nicht in der Lage ist, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einer Preise zu kaufen, der der Landwirtschaft auch nur den bescheidenen Nutzen läßt? Die preissteigende und preisverdrängende Wirkung der Agrarzölle und Kontingente hat bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ihre Grenze erreicht, noch dazu, die in den letzten Jahren zunehmende Annäherung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion an die Selbstversorgung nicht unwesentlich beigetragen hat. Das muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Es nützen ja auch in Wirklichkeit der Landwirtschaft die höchsten Preise nicht, wenn die Mehrheit des Volkes nicht mehr in der Lage ist, sie zu bezahlen.

Diese Entwicklung schafft für die deutsche Handelspolitik eine neue Situation, die zu einer starken Verdrängung in der Anwendung der von landwirtschaftlicher Seite geforderten handelspolitischen Maßnahmen zwingt. Die deulimitierte Wolltarifregelung und die überhöhtende Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden haben gezeigt, welche nachteiligen Folgen diese Maßnahmen für den deutschen Export gehabt haben. Wie in einem Kreislauf wirken sie letzten Endes wieder auf die Landwirtschaft zurück, da Einfuhr und Ausfuhr weitgehend gegenseitig bedingt sind. Es ist ein natürlicher Vorgang, daß Einfuhrbeschränkungen den ausländischen Importeuren verdrängen und ihn veranlassen, seine Waren in Zukunft aus einem Lande zu beziehen, das auf keine Handelsinteressen mehr Rücksicht nimmt. Exportrückgang aber bedeutet neue Arbeitslosigkeit, neue Schumpfung des Binnenmarktes, neuer Absatzrückgang der Landwirtschaft. Diese Zahlen mahnen eindringlich zu einer ausgeglichener Handelspolitik, die es versteht, ohne einseitige Bevorzugung einer einzelnen Produktionsgruppe, die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie auf einander abzumitteln und beide in erziehlischer Zusammenarbeit dem Binnenmarkt dienlich zu machen.

Weitere Exportminderung

Rückgang des Ausfuhrüberschusses auf 66 Millionen RM. Berlin, 17. August.
Nach dem Ausweis über den deutschen Außenhandel im Juli ist der Ausfuhrüberschuß von 79 Millionen RM auf 66 Millionen RM zurückgegangen.

Am Vormorgen betrug der Ueberfluß einschließlich der Reparationsleistungen 90 Millionen RM. Diese kommen aber jetzt nach Abschluß des Gulianer Vertrages nicht mehr in Frage. Die Einfuhr stieg von 364 Millionen RM auf 366 Millionen RM. Einer Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen um 3 Millionen RM und von Lebensmitteln um etwa 2 Millionen RM steht ein Rückgang der Fertigwareneinfuhr um 1,5 Millionen RM gegenüber. Der Menge nach hat aber auch die Fertigwareneinfuhr leicht zugenommen. Die Ausfuhr verminderte sich um 22 Millionen von 454 auf 432 Millionen RM. Der Rückgang entfällt im wesentlichen auf den Warenabfuß nach der UdSSR. Der starken Schwankungen unterliegt. Im übrigen steht einer Zunahme der Ausfuhr nach Großbritannien ein Rückgang im gleichen Umfang bei der Ausfuhr nach Frankreich gegenüber. Der Rückgang der Ausfuhr entfällt allein auf die Fertigwarenausfuhr. Einen wesentlichen Ueberabfuß haben erlitten nicht elektrische Maschinen, davon insbesondere Werkzeugmaschinen, sowie Eisenabfälle.

Warum Hitler ablehnte

Eine nationalsozialistische Parteierklärung über das Scheitern der Berliner Verhandlungen.

München, 18. August.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht unter der Ueberschrift „Hitlers Nein!“ grundsätzliche Betrachtungen, in denen es heißt: „Hitlers Ablehnung der Bizetankerklärung unter der Herrschaft von Papens war eine Tat! Der durchgeführte Verlust, die NSDAP durch einen wohlüberlegten Schritt, durch eine Bekämpfung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit gegen willkürlichen und feindlichen Einfluß des Führers reiflos gescheitert. Die Politik der Regierung von Papen, hinreichend gekennzeichnet durch die Aermster der Armen auf schwerste belastende und für die NSDAP untragbare Notverordnung, kann niemals die Politik der NSDAP sein.“

Eine Regierung, in der die NSDAP nicht führt, sondern nur vertreten ist, wird niemals eine Wende des deutschen Schicksals herbeiführen können.

Wir wollen keine Politik der Jagdhaftigkeit und halben Maßnahmen, wir wollen eine Politik der Klugheit und Tat, die heute allein das deutsche Volk retten kann! Eine solche nationalsozialistische Politik aber, die auftritt mit dem ganzen verurteilten Blunder des bisherigen Systems und eine grundlegende Neuordnung der Dinge in Angriff nimmt, kann nicht von Leuten geführt werden, die die Zeichen der Zeit auch heute noch nicht verstanden haben, sondern nur von Nationalsozialisten. Das ist der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden und dem nunmehr auch die Semesterversammlung zu tragen hat. Demgemäß hat Adolf Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert.

Von der alleinigen und ausschließlichen Uebernahme der Regierung ist seitens der NSDAP nicht die Rede gewesen. Aber was über allem politischen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, was man selbst dem Marxismus zugibt, wird der NSDAP unter den fabelhaftesten Begründungen vorenthalten. Darauf konnte es für den Führer der NSDAP nur eine Antwort geben, und zwar: „Nein!“

Reichsregierung und NSDAP

Stellungnahme zum Scheitern der Verhandlungen.

Berlin, 16. August.

Das Verhalten der Reichsregierung wird nochmals von zuständiger Stelle darüber unterrichtet, daß es zu keiner Herannahung der Nationalsozialisten in die Regierung gekommen ist, obwohl doch gerade die jetzige Reichsregierung es gewesen ist, die den Nationalsozialisten den Weg in jeder Beziehung frei gemacht habe.

Die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen trifft jedenfalls keineswegs den Reichspräsidenten oder die Reichsregierung.

Es ist kein Zweifel daran, daß Adolf Hitler in seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten die Stellung beanprucht habe, die sich Mussolini nach dem Marsch auf Rom errungen habe.

Was die Tolerierungszulicherungen der Nationalsozialisten gegenüber der jetzigen Reichsregierung anbetrifft, so seien solche Zulicherungen nicht nur von Hitler selbst, sondern auch von anderen maßgebenden Führern der Nationalsozialisten in ganz einseitiger Weise abgegeben worden.

Die Herren hätten verprochen, die vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene Regierung zu tolerieren. Zeitlich seien diese Zulicherungen niemals begrenzt worden.

Das Gerücht, die Reichsregierung beabsichtige nicht, den Reichstag einzuberufen, wird von zuständiger Stelle demontiert. Es wird erklärt, es bestche kein Zweifel darüber, daß die Reichsregierung vor den Reichstag treten werde.

Erläuterung der NSDAP

München, 17. August.

Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: „Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Verprechen abzugeben, die Re-

gierung von Papen nach den Wünschen zu tolerieren, und nur dieses Verprechen nicht gehalten ist, umwar. Ebenso unwahr ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der NSDAP habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Uebergabe der gesamten Reichsregierung in vollem Umfange gefordert.“

„Sib nicht nach! Bleibe hart!“

Hitler über die Regierungsverhandlungen.

München, 17. August

Adolf Hitler gewährte einem Vertreter der „Abendzeitung“ eine Unterredung, in der er sich zu einigen die Berliner Regierungsverhandlungen betreffenden Fragen äußerte. Er erklärte, er betrachte die Heranziehung des Reichspräsidenten in den Gang einer Regierungsbildung als eine Umwälzung der Verantwortlichkeit von den Schultern des Reichskanzlers auf die Schultern des Reichspräsidenten. Im übrigen sei er nicht auf seinen Wunsch nach Berlin gefahren, sondern gerufen worden.

Er habe erklärt, daß in seinen Augen die Verantwortung für die gescheiterte Regierungsbildung selbstverständlich der Reichskanzler von Papen zu tragen habe, daß infolgedessen ein Besuch bei Hindenburg für ihn nicht in Frage kommen könne und daß er nur dann bereit sei, dem Reichspräsidenten einen Besuch abzustatten, wenn dieser noch seinen einwilligen Beistand geistigt habe, sondern zunächst nur die vorliegenden Zustellungen kennenlernen möge. Es lie dies aber, wie sich herausstellen sollte, nicht der Fall gewesen. Der Besuch des Reichspräsidenten habe bereits vorgelegen. Der Reichspräsident selbst erklärte dann ebenfalls, daß sein Einfluß bereits fehlerhaft.

Auf eine Frage des Pressevertreters erklärte Hitler weiter: Es ist richtig, daß ich darauf verzichtet habe, dem Reichspräsidenten gegenüber meinen Standpunkt zu vertreten. Doch bin ich keineswegs bereit, mich zu dem Besuch beim Reichspräsidenten zu bewegen, sowie die an sich schon feststehende Entscheidung des Reichspräsidenten keine Veranlassung geben konnte, mich noch einmal der Argumente zu bedienen, die ich dem verantwortlichen politischen bereits vorgebracht hatte. Auf eine weitere Frage des Pressevertreters erklärte Hitler, daß er und seine Bewegung weiterkämpfen würden. Die Regierungstätigkeit der heutigen Reichsregierung werde seiner Ueberzeugung nach zum Chaos führen. Auf die Frage des Pressevertreters, ob es richtig sei, daß Hitler die schärfste Opposition der NSDAP gegen die Regierung Papen angekündigt habe, erwiderte Hitler:

Die nationalsozialistische Bewegung trete gegenüber der heutigen Reichsregierung in Opposition. Die Schärfe dieser Opposition werde bestimmt durch die Größe des Schadens, der durch das Unterbleiben einer Opposition entstehen würde.

Auf die Frage, ob Hitler nicht glaube, daß es besser gewesen wäre für die NSDAP, den Spatz in der Hand zu haben, statt die Taube auf dem Dach, erwiderte Hitler: Nein. Ich werde niemals für ein Einlenken in die Richtung der gegenwärtigen Regierungsmacht mich in jeder Hinsicht und jede Verfolgung auf, als daß ich mir oder der Bewegung jemals antreu würde.

Der Berichterstatter fragte weiter, wie Hitler glaube, daß seine Entscheidung bei den Mitgliedern der NSDAP aufgenommen wird. In der Antwort Hitlers heißt es: Die Mitglieder der Partei wissen, daß ich niemals untragliche Kompromisse für die Bewegung schließen würde. Sie wissen, daß ich jederzeit bereit bin, wenn nötig, mein Leben für die Bewegung einzusetzen. Als ich dann nachts von Berlin wegfuhr, fand eine große Menschenmenge um meinen Wagen und schrie mir zu: „Sich nach! Bleibe hart!“

Der Berichterstatter fragte dann weiter, wie groß die Zahl der Terrorakte gegenüber den nationalsozialistischen Parteimitgliedern sei. Hitler antwortete: Die Zahl der Terrorakte der marxistischen Parteien ge en unsere Bewegung geht nunmehr in die Tausende.

Die Zahl der Tote betrage über 300, die Zahl der Verletzten betrug im vergangenen Jahre über 6000, in diesem Jahre aber in 7% Monaten bereits über 8200.

Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschweigen lassen durch die dumme Phrasen von Ruhe und Ordnung. Durch dieses erbärmliche bürgerliche Geschwätz ist nicht einer meiner toten Kameraden lebendig geworden, nicht ein Krüppel wurde wieder gesund, nicht einem Verletzten wird dadurch geholfen. Die nationalsozialistische Bewegung hat legal bis auf das äußerste gekämpft.

Das Abschlagen oder nimmt bald ein Ende. Ich selbst werde mich kümmern lassen, den Parteigenossen ein Vorbildrecht zu bestehen, das die roten Tische-Methoden aber dann wirklich bühnend befechtigen wird.

Auf die Frage, wie er sich den weiteren Weg seiner Partei denke, antwortet Hitler: Die Partei kämpft um die Macht. Ihr Weg wird bestimmt durch die Methoden des Kampfes der Gegner.

Urkauf für die SA

Der Chef des Stabes der SA, Köhn, erläßt einen Auftrag an die SA- und SS-Männer, worin es u. a. heißt: Der Führer hat am 13. August ein Mandat erlassen, das die SA-Männer in den nächsten Tagen zu übernehmen ihm Stolz und Würde und die Unterwerfung unter seine Befehle und Opfer verbietet, zurückzuführen. Der weitere Weg ist damit vorgezeichnet. Die Fronten gehen klar. Nach entschlossener Willen, unsere Bedingungen werden härter, da Einladungen und Opfer sich erhöhen. Die SA und SS treten nacheinander in eine kurze Kampfpause ein. Dem Urkauf ist in weitestgehender Weise Gebrauch zu machen. Appelle, Uebungen und Besichtigungen sollten während dieser Zeit möglichst unterbleiben. Nach dieser wohlüberlegten Pause treten auf neuen Befehl SA und SS wieder ausgerüstet und frisch gestärkt an ihren Platz, bereit für die Aufgaben, die ihnen vorbehalten sind und ihr unveräußerliches Recht seien.

Steuerdruck auch im Saargebiet

Einkommensteuer um 20 v. h. erhöht, Vermögenssteuer um 10 v. h.

Saarbrücken, 17. August.

Im Amtsblatt vom 15. August gibt die Regierungskommission die neue Steuerordnung bekannt. deren Entwurf nicht nur dem Bundesrat, der gewählten Vertretung der Saarbevölkerung, sondern auch von allen Bevölkerungsklassen Wirtschaftlichen und Landesvereinigungen unter beständigen Protesten abgelehnt worden war.

Die neuen Steuern stellen eine ungeheure Belastung der saarländischen Wirtschaft und jedes einzelnen Saarwohners dar. Über 54 Millionen Franken werden auf diese Weise der Regierungsschatze zugeführt. So erhöht u. a. die Einkommensteuer eine Erhöhung um 20 v. h. durch die Herabsetzung des steuerfreien Betrages und durch einen Zuschlag. Auch die Vermögenssteuer wird um 10 v. h. erhöht, während Zinsen und Zinsen mit einer Sonderabgabe belastet sind, die über 6 Millionen Franken ergeben soll. Erhöht wurden ferner die Umsatz-, die Erbschafts- und die Schenkungssteuer.

Ein Staat ohne Verfassung

Der Vatikan als unumchränkte Monarchie.

Rom, 17. August.

Angesichts der gegenwärtigen Erörterungen über Verfassungsänderungen und über Diktaturen ist es interessant, festzustellen, daß der jüngste Staat, der das Licht der Welt erblickt hat, nämlich der Kirchenstaat, eigentlich ein Staat ohne Verfassung ist.

Durch den Vertrag zwischen dem heiligen Stuhl und Italien vom 11. Februar 1929, dem Lateranvertrag, wurde der Kirchenstaat unter dem Namen des „Stato del Vaticano“ wieder errichtet. Die Grundgesetze des Staates erließ der Papst am 7. Juni 1929. Nach ihnen ist der Staat eine unumchränkte Monarchie, da alle Rechte dem Papste als Souverän des Staates zugehören. Die Gesetzgebung über bestimmte Angelegenheiten sowie die Vollziehung überträgt er dem von ihm ernannten und abzulösenden und nur ihm verantwortlichen Gouverneur. Der höchste Organ der Kirche ist der Vatikan ist der Generalkonvent des Staates. Er wird vom Papst ernannt und abgelöst und ist unantastbar und ausschließlich ihm verantwortlich. Er ist unverfälscht. Gutachten abzugeben, so oft es durch das Gesetz bestimmt ist, oder wenn es vom Papste oder Gouverneur verlangt wird.

Chamberlains Bombenerfolg

88,6 v. h. der englischen Kriegsanleihe konvertiert.

London, 17. August.

Der englischen Schatzamt wird mitgeteilt, daß von insgesamt 2080 Millionen Pfund an ausstehender Staatsanleihe Kriegsanleihe bis zum 31. Juli 1930 1850 Millionen Pfund (88,6 v. h.) in 3-Prozentige Anleihe konvertiert worden sind.

Für Kriegsanleihe (2,3 v. h.) im Gesamtbetrag von lediglich 48 Millionen Pfund (2,3 v. h.) ist um Vorkaufzeit bis zum 1. Dezember d. J. nachgekauft worden, für die übrigen 91,4 v. h. waren bis zum 31. Juli noch keine Konvertierungsgelände eingelaufen. Da seit dem 31. Juli noch weitere Konvertierungen durchgeführt wurden und außerdem noch vergrößerte Gelände aus dem Ausland ausbleiben, wird mit einem Gesamterfolg der Konvertierung von über 90 v. h. gerechnet.

Die jährliche Ertragskraft für den englischen Staatshaushalt beläuft sich auf rund 22 Millionen Pfund.

Die englische Presse betont den übermäßigen und un-

erwarteten Erfolg der Konvertierungsmaßnahmen Neville Chamberlains, der selbst die Finanzierungsverantwortung der Londoner City überträgt habe. Der englische Schatzkanzler hat von Ottawa eine Erklärung über den Erfolg der Konvertierung abgegeben, in der es u. a. heißt: Das Ergebnis übertrifft alle Erwartungen. Es reicht für sich aus, um das Vertrauen in den englischen Währungsstand und die Vaterlandsliebe des englischen Volkes. Ein weiterer Schritt zur Neubehaltung des inneren Gleichgewichtes und der Wohlfahrt ist getan, und ein derartiger Erfolg wird die ganze Welt ermutigen.

Kriegsschulden müssen bezahlt werden

Washington, 17. August.

Nach einer Erklärung, die von hohen Beamten des Schatzamtes abgegeben wurde, erwartet die Regierung der Vereinigten Staaten die Zahlung der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldentitel. Die Regierung, die heißt es weiter, sei davon überzeugt, daß fast alle Schuldnerländer die nächste Jahreszahlung werden leisten können. Etwaige trotzdem eingehende Anträge auf Zahlungserleichterungen sollen individuell geprüft werden. Wie in dieser Erklärung weiter gesagt wird, will sich die amerikanische Regierung keinesfalls halten, falls irgendein Schuldner seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte.

Hebung der „Niobe“ am Mittwochmorgen?

Kiel, 17. August.

Die Lage an der neuen Baggerstelle der „Niobe“ in der Heilendamm bei Kiel ist extra folgende: Der Bergungsdampfer „Simlon“ liegt verankert an der Offize des Bahnhofs. Hinter ihm liegt der Hebungsschiff „Hien“, von dem aus die Stahlfässer ins Wasser hinunter zum „Niobe“-Wrack gehen. Das hat noch immer beträchtliche Schlagseite nach Steuerbord. An beiden Seiten des Hebeleiters „Hien“ haben die Bergelichter „Wille“ und „Kraft“ festgemacht.

Nach der Befestigung der Hebestroßen an den beiden Bergen wird „Hien“ seinen bisherigen Platz verlassen, um den Raum für die zu hebende „Niobe“ freizugeben. Nach dem augenblicklichen Stand der Arbeiten zu urteilen, ist mit der Hebung für heute vormittag zu rechnen.

Das „Niobe“-Wrack in Kiel

Kiel, 16. August.

Die Offizieren der Reichsmarine teil mit: „Der Bergungsdampfer „Simlon“ und der Wasser befindlichen Schiffskörper der „Niobe“ ist in den Hafen eingelaufen. Die Aufrechterhaltung und Hebung für die Bergung der Leuten werden noch etwa drei Tage benötigt werden. Der Bergungsplatz wird aus Sicherheitsgründen gesperrt. Der Zeitpunkt der Befreiung der Leuten steht noch nicht fest.“

Der Blutsonntag in Ohlau

Die Verhandlungen vor dem Sondergericht.

Brieg, 16. August.

Vor dem Sondergericht Brieg begann der auf acht Tage berechnete politische Prozeß gegen den Reichsbannerführer Durnitz und Genossen. Im Hintergrund stehen die blutigen Straßenkämpfe am Sonntag, den 10. Juli, in Ohlau, bei denen zwei SA-Deute getötet und über 30 Personen, zum Teil schwer, verletzt wurden.

Von den 45 Angeklagten, die in der Hauptphase aus Ohlau, Wüschow und in drei Kommunisten aus dem Ohlauer Kreis stammen, sind drei Kommunisten, während die übrigen dem Reichsbanner beim, der Eisernen Front angehören. Alle Angeklagten werden des Landfriedensbruchs beschuldigt. Weiter wird Anklage erhoben gegen sieben Beihilger wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, gegen fünf wegen Ausbruchs sowie gegen eine Reihe weiterer wegen Radeisführerschaft und schließlich gegen zwei Personen wegen unbefugten Waffentragens.

Als erster schied der Hauptangeklagte, Eisenbahnarbeiter Durnitz, der Kreisleiter des Reichsbanners Ohlau, ausschließlich die Verantwortlichkeit des Reichsbanners am fraglichen Sonntag. Legter Zeitpunkt war das Votum „Zum Walfisch“ in Ohlau, in dem Durnitz etwa 80 Reichsbannerleute zusammengezogen hatte.

Nach der Anklage wirkte sich gerade diese Zusammenziehung der Reichsbannerleute (später lo verhängnisvoll aus Durnitz begründete sein Verhalten damit, daß er der Ansicht war, die Ausgänge der Stadt Ohlau wären von Nationalsozialisten besetzt und die SA, besetzte die Straße bei den

stärkeren Nachrichten aus der Oberstraße habe er etwa 40 Leute zum Schutze der Ankerorganisationen eingeleitet. Es folgten die Zusammenkünfte an dem nationalsozialistischen Treder und in der August-Geige-Straße, wobei mehrere Nationalsozialisten durch Schläge mit Zaunlaten immer verletzt wurden. Der Zeuge gibt schließlich zu, daß seine Leute mit Zaunlaten auf die SA-Leute eingeschlagen haben. Die Polizei sei durch das Reichsbanner weder bedroht noch beschaffen worden.

Als zweiter lag der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Struß, der Ohlauer Kreisleiter, vor dem Sondergericht. Er gab an, daß er die Ohlauer Kreisleiter nicht kenne. Argentinische Radeisführerschaft, wie sie die Anklage behauptet, lehnt er entschieden ab.

Der Arbeiter Karl Blech, der Ortsgruppenführer des Ohlauer Reichsbanners, gibt an, den Brand des Kreises Ohlau aufgefordert zu haben, den nationalsozialistischen Durchmarsch nicht zu genehmigen, weil das Reichsbanner sonst zur Selbsthilfe schreiten würde. Das Wort Selbsthilfe erklärt er dahin, daß in diesem Falle trotz Verbot auch das Reichsbanner einen Einsatz in Ohlau beantragen würde. Blech gibt zu, bei den Schlägereien aktiv beteiligt gewesen zu sein, doch will er in Notwehr gehandelt haben. Der Arbeiter Karl Vanin, Tambourmajor des Reichsbanners, will bei keiner Prügelei beteiligt gewesen sein. Dagegen habe ihn ohne Anlaß ein SA-Mann mit einem Schlagring ins Gesicht geschlagen. Auch die weiteren Angeklagten geben an, nur passiv beteiligt gewesen zu sein.

Vordringend: „Wenn mir dann bloß einer liegen könnte, mer in der Welt den SA-Mann Kommissär niederknallen, die Leiche in die Ohle werfen und andere Leute verprügeln und beschaffen hat.“

Der Arbeiter Herbert Ann hat das Reichsbanner alarmiert und gehört, wie die Leute Zaunlaten abrufen. Der Tischler Georg Fische er hörte, wie Durnitz im „Walfisch“ die Frauen nach Hause schickte und die Männer zurückbehielt. Weiter will er beobachtet haben, wie fünf bis sechs Reichsbannerleute auf Nationalsozialisten einschlugen. Die Polizei sei durch den Ausbruch stehen zum Polizeiprotokoll wie auch zu den Angaben der anderen Angeklagten in offener Weise widersprochen.

Brieg, 17. August

Die Beweisaufnahme am zweiten Verhandlungstag wurde mit der Vernehmung des Ohlauer Bürgermeisters Hans J. eröffnet. Er sei von der Mitteilung über Zusammenkünfte in der Stadt höchst überrascht gewesen. Auf der Straße habe er den Ohlauer Ortsgruppenführer des Reichsbanners, Blech, getroffen, den er aufgefordert habe, seine Leute zurückzuziehen, wenn er sich nicht eines schweren Unfortbedrucks schuldig machen wollte. Die Volkspolizeiwagen mit SA- und SS-Leuten, die aus Brieg nach Ohlau unterwegs gewesen seien, habe er nicht mehr aufhalten können. Im Anschluß an diese Aussagen hielt Reichsbanner Dr. Braun dem Zeugen vor, daß in Kreisen der Angeklagten gegen ihn ein Mißtrauen insofern bestanden, als man annehme, er habe die polizeilichen Maßnahmen absichtlich hinausgezögert und später geäußert, er habe genug Material für ein Reichsbannererbebe zu sammeln. Bürgermeister Hauschild teilte seine eigene Zeugenschaft aus in ähnlichem Sinne und erklärte in Würde, den Landfriedensbruch in Ohlau zu bezeugen gegen die Nationalsozialisten kommen sei. An der Polizeistation in Ohlau seien etwa 150 Personen der Aufforderung, die Straße zu räumen, nicht nachgekommen. Als die Beamten gegen das Reichsbanner vorgegangen seien, seien von der Menge heraus gegen die Polizei 10 bis 15 Schüsse abgegeben worden. Im Steinbäum sei aus den Häusern heraus auf Nationalsozialisten geschossen worden. — Polizeihauptwachmeister B. i. l. o. w. s. i. lagt aus, er habe als einziger Beamter im Rathaus nicht verhindern können, daß SA- und SS-Leute von Reichsbannerleuten mit Stöcken und Zaunlaten überfallen und niedergeworfen worden seien. Die Beweisaufnahme bis zur Mittagspause brachte in der Hauptphase die Vernehmung von B. i. l. o. w. s. i. unter ihnen, unter ihnen, den Oberlandjägersmeister R. a. h. m. e. l. aus Ohlau. Dieser behauptete, als er von einer privaten Fahrt zurückkehrte, in der Stadt etwa 100 Reichsbannerleute, die mit Vatten bedeckt waren und ihm zuriefen: „Straße frei für die Eisernen Front!“ Die Menge nahm gegen ihn eine drohende Haltung ein, so daß er in einem Galopp flüchten mußte. Auch ein anderer Oberlandjägersäger lagt in ähnlichem Sinne wie der Oberlandjägersmeister aus.

Das erste Sondergerichtsurteil.

Vom Breslauer Sondergericht wurde das erste Mal seit dem Bestehen dieser Sondergerichte ein Urteil verurteilt. Wegen einer schweren Schlägerei mit Nationalsozialisten an

den Anheben, als hätte er irgend welche Gefühle für sie. Ja wäre es ihm tatsächlich nicht recht, daß er ander, und ist es auch der eigene Sohn, diese arme Blume pflichtete. Aber war das nicht egoistisch? Hatte er sich denn schon viel mit ihrer Seele beschäftigt? Er müßte sich gefeilen: n e i r. Und plötzlich dieses Gefühl für sie. Sonderbar! Wirklich sehr merkwürdig! Es fiel ihm ein, daß er sie wohl manchmal kurz und herrlich behandelt hatte, daß sie seine Augen ertrag, stets alles verstand, was er wollte, ihm seine Wünsche von der Stirn las, immer geistig ihm nahestehend und ihn anregte, ja — ihn sogar anfeuerte, wenn er tüchtig genug für kurze Zeit rasen, glänzende Engagements ablehnen wollte. — Sie hatte dann eine entzündende Mischung von energiegeladener Sorge und einer tiefen mütterlichen Liebe. Er sah vor dem Manne, der ihr doch in diesem überlegen war. Er begriff auf einmal, daß ein Jüngling wie Wolf dieses im doppelten Sinne ungeschminkte Mädchen lieber magte. — Möglichst ergriff sie in einem hauchdünnen, süßen Sommerleide, trübsinnig, schlant und dieglam wie eine Gerte. Sie lag ihm noch nicht, die war umringt von den beiden Hunden, die wilden Bestien ähnlich, ähnlich an ihr hochspringen, Kraft machten und sie mit ihren Liebesbetörungen fast unmerklich umarmten. — Ein kurzer Witz aus Stefans Mund, und sofort rasen die Schächerlinge gehorcht zu ihrem Herrn. Da wurde „Greta“ aufmerksamer und blickte in die betreffende Richtung. Nur erhob sich der Schaulustler von der Bank und kam grüßend näher.

Sie ging ihm entgegen. „Werden Sie von meinen Hunden immer so tüchtig empfangen?“ fragte er mit seinem bezeichnenden Nicken. Aber da lag er in ihren Augen. Eigentlich erst richtig zum — ersten Mal. Sie blinzelte nicht und sah fast ganz. Unwillkürlich nahm er ihre Hand, die so klein und schmachtig war, und hielt sie lange in der Hand.

Dann lagen sie unter dem schimmernden, wogenden Rotenstamm. Röstliche Ruhe umgab sie. Und doch rief es an ihren Nerven. (Fortsetzung folgt.)

Der Aberglaube des Stefan Kampen

ROMAN VON KATHE BRINKER

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wolf schaut ihm mit heißen Augen nach. „Bater, du achst nicht, wie abgöttisch ich Greta liebe! Aber ich habe eine mir selbst unerklärliche Scheu, sie persönlich um ihre Hand zu bitten. Darum stehe ich dich noch einmal an, tu es, bitte, bitte für mich!“

Wie erregt Wolfs junge Stimme ist! Es scheint ihm tatsächlich ernst damit zu sein, denkt der Schaulustler. Aber das ist ja eigentlich ganz tragisch. Das geht doch nicht so ohne weiteres. Er ist noch jung, und sie war älter als er. Oder sollten diese drei Jahren Unterschied keine Rolle spielen? Gedröhrt nicht tatsächlich Jugend zu Jugend? Er wendet sich rasch und meint forschend: „Weißt du auch wirklich, daß Greta dich liebt?“

Wolf kratzt, während in seinen tiefbraunen Augen, die schwarz schimmerten, wie die seiner toten Mutter, warmer Freubenglanz leuchtet: „Ja, o ja, sie liebt mich, ich weiß es! Sie hat es mir nicht mit Worten gesagt, aber ihre süßen Augen haben gesprochen! Und ihr betäubendes, entgegenkommendes Wesen ist mir Beweis genug!“

Stefan ist auf einmal nachdenklich geworden. Das hatte er nicht vermutet! Wolf hatte er geliebt, daß Wolf in das hübsche, lebhaft Mädchen bis über beide Ohren verliebt war. Aber an allem Frauenentwurf und verworrenem Dichtung war es ihm Selbsterkenntnis, daß auch eine Greta doch ihr Interesse voll und ganz auf ihn selbst konzentrierte. Und nun sollte es anders sein? Gut, wenn es sich so verhielt, wie Wolf gesagt hat, so wollte er nicht dagegen haben. Schließlich war ja sein Sohn großjährig. Dennoch befähigt ihn plötzlich ein londerbares Gefühl der Eifersucht. Müdig, beherdt, aber doch mit gespanntem Mutein blickte er in das gedreht Gesicht seines Kindes.

„Und ich sage dir noch einmal, Stefan ohne Greta nicht sein! Wenn sie nicht mein wird, nehme ich mir das Leben!“ bricht es leidenschaftlich aus Wolf hervor.

22. Juni hatten sich die Landarbeiter Maria Kurod, der Arbeiter Fritz Kupke, der Arbeiter Paul Jente und der Bäcker Max Wagner zu verurteilen. Ein Nationalsozialist wurde durch Missetat verurteilt und ihm ein Jahr eingekerkelt. Ein weiterer Nationalsozialist erhielt einen Straf von 18 Monaten. Das Urteil lautet wegen schweren Landfriedensbruchs bzw. einfachen Landfriedensbruchs gegen die Kurod, die bei der Schlägerei als Rädelführer in Frage kam, auf ein Jahr drei Monate Gefängnis, gegen Kupke auf ein Jahr Gefängnis und gegen Jente und Wagner auf sechs Monate Gefängnis. Die Bestrafung erfolgte noch nicht nach den neuen Strafbestimmungen.

Festnahmen in Schleswig-Holstein.
Die Justizverfassung in Altona teilt mit: Gelegentlich der Ermittlungen über die hunderttägigen Aufstände in Schleswig-Holstein in der Nacht nach der Reichstagswahl sind am 15. August durch den aus Berlin entlassenen Sonderkommissar sowie Beamte der Polizeipräsidien Altona, Flensburg und Kiel weitere Festnahmen erfolgt. Festgenommen wurde u. a. auch der auf der Wiste der NSDAP in den Reichstag gewählte Angehörige M. O. d. r. Führer der 4. SS-Standarte Altona II, in deren Bereich sich sämtliche vier hunderttägigen Aufstände ereignet haben. Alle Festnahmen erfolgten wegen Verdachts des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Die Namen der übrigen Festgenommenen konnten antierdiesbezüglich noch nicht genannt werden; doch handelt es sich um Dr. med. F. O. H. Wesselsch, Landwirt K. H. Feuberg bei Schlichting, Siedler M. A. r. e. n. s. K. u. b. l. i. n. e. n. t. u. m. D. i. o. H. y. d. l. a. u. s. in Wrohm in Dittmarshagen und Dr. med. F. e. l. l. m. a. n. n. u. s. in Hohn bei Flensburg. Letzterer ist bereits aus dem Altonaer Bombenerprobungsplatz bekannt.

Erneute Überfälle in Ostpreußen.
In Ostpreußen außerhalb der Stadt ein auf dem Heimweg befindlicher Stadthauptmann von sechs jungen Burschen überfallen, zu Boden gestrichen und mit Steinen bewußlos geschlagen. Nach der Tat ergrieffen die Täter die Flucht und entkamen unversehrt.

Die Aufhebung von Amtsgerichten
Verlebensbestimmungen des Justizministers.

Am 11. Juli mitgeteilt: Am Preussischen Justizministerium werden Verlebensbestimmungen aus Anlaß der Aufhebung von 60 preussischen Amtsgerichten veröffentlicht. Diese Verlebensbestimmungen legen den Erlaß einer noch ausstehenden Verordnung über die Aufteilung der Bezirke der aufgehobenen Amtsgerichte voraus und sollen schon jetzt die Justizbehörden zur Einleitung der erforderlichen Vorbereitungen in die Lage versetzen. Da in nicht wenigen Fällen die früheren Bezirke unter mehrere Amtsgerichte aufgeteilt werden, müssen personelle Anordnungen, betreffend die Schöffen, die Beisitzer der Kadetengerechtsämter, die Schiedsmänner, ferner organisatorische Anordnungen (Bezirksabgrenzung der Arbeitsgerichte, der auswärtigen Strafmannern, der Schöffengerichte) getroffen werden.

Zur Vereinfachung der Verlebensbestimmungen in den Fällen, in denen der frühere Bezirk auf mehrere Amtsgerichte aufgeteilt wird, eines der aufzunehmenden Gerichte als sogenanntes Stammgericht vorzuziehen, an welches namentlich alle Prozeßschriften und -akten des aufgehobenen Gerichtes übergeben. Dagegen ist vorgelesen, daß namentlich Grundbuch-, Zwangsversteigerungs- und Vormundschaftsachen lediglich an die demnachst örtlich zuständigen einzelnen Gerichte abzugeben sind.

Rein Staatskommissar für die Gemeinden
Durch Pressemitteilungen über die Befestigung von „Staatskommissaren“ für preussische Gemeinden zum Zwecke der Sicherstellung des Staatssteueraufkommens ist in der Öffentlichkeit der irrtümliche Eindruck erweckt worden, als ob neue Eingriffe in die Selbstverwaltung stattfinden sollten. Es wird demgegenüber als ausgeschlossen bezeichnet, daß die preussische Staatsregierung vorstehende Staatskommissare für die Gemeinden einsetze.

Es käme sich nur darum handeln, daß hinsichtlich derjenigen Gemeinden, die mit der Abführung der Staatssteuern im Rückstand sind, Staatsbeamte den Sonderauftrag erhalten, für die laufende Abführung der aufkommenden Staatssteuern Sorge zu tragen.

Deutsche Tagesschau
Ein neuer Reichspressechef.

Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerdirektor Dr. von Kaufmann, wird auf seinen eigenen Wunsch wieder in den auswärtigen Dienst zurückkehren und demnach ein neuer Auslandsstellen übernehmen. Der Reichsminister hat dem Reichspräsidenten als künftigen Leiter der Presseabteilung den bisherigen Presseattaché des Reichswehrministeriums, Major Marsch, in Vorschlag gebracht. Er hat dem ausstehenden Pressechef in einem Brief die Anerkennung der Reichsregierung für seine verdienstvolle Tätigkeit ausgesprochen.

Nichtübertragung des Preussischen Landtags.
Beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist eine Klage wegen der Nichtübertragung des Preussischen Landtags noch nicht eingegangen. Es liegt folglich ein Telegramm vor, in dem der Erlaß einer einstweiligen Verfügung geteilt wird. Dieses Telegramm aber kann keine Unterlage bilden für irgendwelche Festlegung des Staatsgerichtshofes in dieser Angelegenheit.

Parteipolitische Betätigung der Beamten in Preußen.
Dem preussischen Justizministerium ist eine Allgemeine Verfügung erlassen worden, welche den Vorkurs der kommissarischen preussischen Minister des Innern vom 5. August 1932 über die parteipolitische Betätigung der Beamten auch den Beamten der Selbstverwaltung umgebend zur Kenntnis zu bringen ist mit dem Hinweis, daß sein Inhalt auf die entsprechende Anwendung finde.

Auslands-Rundschau
Paris erwartet deutschen Vorstoß in der Kolonialfrage.

Unterredungen, die der ehemalige Unterstaatssekretär im französischen Kolonialministerium, Einbezug, mit Reichsminister von Weizsäcker und Reichsambassadeur von Neurath hatte, werden in Paris als die Einleitung eines neuen Vorstoßes der Reichsregierung in der Kolonialfrage angesehen. Man erwartet, daß die Reichsregierung schon in nächster Zeit dem Völkerbund die deutschen Kolonialforderungen unterbreite, die augenblicklich in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und dem Präsidium der deutschen Kolonialvereinigung ausgearbeitet werden.

Aus der Heimat und dem Reich.
Remberg, den 17. August 1932

Auswanderung Arbeitelose

Nach die Auswanderung kann mit dazu beitragen, die Arbeitslosenfrage zu lösen. Bei richtiger Betreuung kann damit nicht nur eine Stärkung des Auslandsbewusstseins, sondern auch des deutschen Wirtschaftslbens herbeigeführt werden. Der Verein „Die Deutsche Erbsenkolonial-Liefergesellschaft“ hat das Bestreben, seinen Mitgliedern in Lebersee eine selbständige bäuerliche Existenz zu schaffen. Die Mitglieder können meist aus dem landwirtschaftlichen Bereich, haben ein handwerklich erlernt und sind bei dem Niedergang des deutschen Wirtschaftslbens arbeitslos geworden. Sie erstreben eine Kapitalisierung ihrer Arbeitslosenunterstützung und hoffen, mit diesem Betrage die Lebensbedingungen zu lösen. Ein südamerikanisches Generalanbot, das die deutschen Einwanderer zu fähigen weiß, hat bereits geeignete Landlots für diese Siedler schon in Aussicht gestellt. Der Deutsche Kolonialverein, Berlin S.W. 11, der diesen Auswanderer auch mit verhältnismäßig geringen Mitteln Gelegenheit zum wirtschaftlichen Wiederaufbau gegeben hat, hat auch die Betreuung und Förderung dieses Planes in die Hand genommen.

— Land- und Forstwirtschaft zur Förderung des Arbeitsdienstes. Beim Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, dem die Spitzenverbände der Landwirtschaftsvereine, ist ein Vorschlag zur Förderung des freiwilligen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsdienstes ins Leben gerufen worden. Der Ausschuss, dessen Vorsitz in den Händen des Direktors der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, Regierungspräsident Dr. Graf von Baudissin liegt, hat die Aufgabe, innerhalb der Land- und Forstwirtschaft den freiwilligen Arbeitsdienst in jeder Weise zu fördern, Anregungen zu vermitteln und eine gemeinsame Stellungnahme innerhalb der landwirtschaftlichen Organisationen und ihrer Unterabteilungen gegenüber den zuständigen Stellen herbeizuführen. Dem Ausschuss hat sich auch der Vizepräsident der deutschen Waldbesitzerverbände angeschlossen.

* **Sehung der Bienenzucht.** Von dem Landwirtschaftsministerium wird zur Sehung der volkswirtschaftlich wichtigen Bienenzucht, die in letzter Zeit leider erheblich zurückgegangen ist, empfohlen, die Bienenzucht durch Anbau von Bienennährpflanzen — soweit angängig — zu fördern. In der Bienenzucht gibt es Früh- und Spätweiden. Zu jenen zählen vornehmlich Klee, Kleegras, Wiesentulpen und Wäme, zu diesen Buchweizen und Weidenraut. Eine Verbesserung der Bienenzucht läßt sich besonders durch Verzüchtung bestimmter Baumarten bei der Anpflanzung von Bäumen erzielen. Besonders empfohlen werden hier Linde, Weide, Bergahorn und Nalage.

* **Kampf den Fliegen!** Wie unenträglich, läßlich und unappetitlich die Fliegen in den Angulいたien sind, merkt wohl jeder in seiner näheren Umgebung. Deshalb Kampf den Fliegen! Wenn jede Hausfrau darauf sehen würde, jede vorkommende Fliege in ihrem Haushalt sofort zu töten — sei es mit Fliegenklappe oder Fliegenmilch — dann wäre es schon ein großer Schritt zur Befämpfung dieses abföhrlichen Ungeziefers. So wie der Floh auf dem Ausreiterbeet fliegt, muß es ebenfalls gelingen, den der Fliege in greifbare Nähe zu bringen. Deshalb nochmals Hausfrauen: Kampf den Fliegen!

* **Sport.** Im vergangenen Sonntag weite die I. und II. Herrenmannschaft von „Rot-Weiß“ in Weddin zum Sportfeld. An dem Kampf um den Pokal beteiligten sich folgende Mannschaften: Weddin I., Schmiedeberg II., Wartenburg II., Rot-Weiß II. Infolge der sehr stark verhärteten gegnerischen Mannschaften mußte sich die Remberger mit 2:1 (0:0) geschlagen begeben. Das Hauptziel des Tages war das Werbeziel Wartenburg I. — Rot-Weiß I. Hier gelang es den Rotweißigen, Wartenburg überzeugend mit 3:4 (2:1) zu schlagen, und damit ein wertvolles Diplom mit nach Hause zu nehmen. Am Abend fand noch ein gemächliches Tanztränzchen statt, mo manches „hoch“ auf den Fußballplatz ausgebracht wurde.

Greppin. (Mit der Sichel gegen den Wegner) Am Montag früh kam es in der Fiedhofstraße zu einer schweren Auseinandersetzung. Die Frau H. wollte wegen Zimmigkeiten aus der Wohnung ihres Mannes ausziehen. Als nun der Arbeiter R. helfen wollte, die Möbel auf das Möbelauto zu laden, geriet er in Konflikt mit H. und wurde von diesem mit einer Sichel schwer verletzt. Polizei stellte die Ruhe her.

Gröbers. (Mit der Heugabel verlegt) Beim Aufladen von Getreide auf dem Felde stieß sich der Landarbeiter Bau. R. mit einer langen Gabel ins Bein. Er beachtete die Wunde nicht, doch schwoll am anderen Tage das Bein so stark an, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Allem Ansehen nach liegt Wundergiftung vor.

Döbeln. (Tödrbringendes Spiel mit Streichhölzern) Während die Eltern auf dem Felde beschäftigt waren, spielten in der elterlichen Wohnung in Trebanitz bei Döbeln Kinder mit Streichhölzern. Dabei geriet das Kind eines 2 1/2-jährigen Kindes in Brand. Das Kind erlitt dadurch so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß es noch am gleichen Tage im Städtischen Krankenhaus Döbeln gestorben ist.

Falkensteinfahne auf dem Kirchturn.
Efterwerda. Auf dem Kirchturn in Gröbers weht seit dem 8. Mai eine Falkensteinfahne, die in der Nacht von einem nachlässigen Kletterer dort oben angebracht worden ist. Der Gemeindevorstand beantragte einen Fachmann aus Großenhain mit der Entfernung der Fahne. Mehrere Ordener Nationalsozialisten protestierten gegen das Herunterholen der Fahne. Einige bestanden den Turm, so daß die Weiterarbeiten eingestellt werden mußten. Die Fahne scheint also dort stehen zu bleiben.

Zwei Todesopfer einer Liebesstränpdie.
Zorgau. Mord und Selbstmord. Der 21 Jahre alte Kaufmann Hans Georg Wöbler aus Sorgau erlag am Abend des 20. Jahre alte Hausfrau Elisabeth Krüppmann, mit der er ein Eheverhältnis unterhielt. Die jungen Leute hatten sich am Freitagabend in Reppich getroffen und waren dann spazieren gegangen. Gegen 22 Uhr hat Wöbler denn auf seine Geliebte zuzugreifen wollen in die Straß abgedrückt, der aber nicht fähig wurde. Erst ein zweiter Schuß in die Schäfte machte dem

Gewinnansauge
5. Klasse 39. Preussisch-Litauische Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

6. Ziehungstag 15. August 1932
An der heutigen Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne je 10000 M.	180134 352309
16 Gewinne je 6000 M.	69616 64814 90619 120320 163768 180851
26936 Gewinne je 3000 M.	30298 30299
15 Gewinne je 3000 M.	54089 121156 130123 204364 229239
50 Gewinne je 2000 M.	4150 19841 30160 50308 77528 82465
111159 112273 153987 156009 159322 178461 182034 210241 232221	
239648 240344 272222 272223 282223 282234 282235 311231 314287 314288 347833	
116 Gewinne je 1000 M.	173 24281 26128 30211 35725 41221 44298
306493 51161 51782 65329 63483 63329 70546 107776 116188 121309	
129270 130342 151704 131818 127452 156133 161053 148472 148676	
180971 184148 177591 189432 174740 225929 226989 224228 228422	
265501 257392 247226 248703 264441 262566 262699 292205 264903	
303798 20018 302327 321038 334014 344815 362706 363453 364242	
372437 373813 383223 362450 366574	
716 Gewinne je 500 M.	91308 1459 23170 24857 29830 32512
38688 40922 41083 42101 42592 42996 44181 44879 49187 50682	
53932 55454 56178 56179 56180 56181 56182 56183 56184 56185	
56186 56187 56188 56189 56190 56191 56192 56193 56194 56195	
56196 56197 56198 56199 56200 56201 56202 56203 56204 56205	
56206 56207 56208 56209 56210 56211 56212 56213 56214 56215	
56216 56217 56218 56219 56220 56221 56222 56223 56224 56225	
56226 56227 56228 56229 56230 56231 56232 56233 56234 56235	
56236 56237 56238 56239 56240 56241 56242 56243 56244 56245	
56246 56247 56248 56249 56250 56251 56252 56253 56254 56255	
56256 56257 56258 56259 56260 56261 56262 56263 56264 56265	
56266 56267 56268 56269 56270 56271 56272 56273 56274 56275	
56276 56277 56278 56279 56280 56281 56282 56283 56284 56285	
56286 56287 56288 56289 56290 56291 56292 56293 56294 56295	
56296 56297 56298 56299 56300 56301 56302 56303 56304 56305	
56306 56307 56308 56309 56310 56311 56312 56313 56314 56315	
56316 56317 56318 56319 56320 56321 56322 56323 56324 56325	
56326 56327 56328 56329 56330 56331 56332 56333 56334 56335	
56336 56337 56338 56339 56340 56341 56342 56343 56344 56345	
56346 56347 56348 56349 56350 56351 56352 56353 56354 56355	
56356 56357 56358 56359 56360 56361 56362 56363 56364 56365	
56366 56367 56368 56369 56370 56371 56372 56373 56374 56375	
56376 56377 56378 56379 56380 56381 56382 56383 56384 56385	
56386 56387 56388 56389 56390 56391 56392 56393 56394 56395	
56396 56397 56398 56399 56400 56401 56402 56403 56404 56405	
56406 56407 56408 56409 56410 56411 56412 56413 56414 56415	
56416 56417 56418 56419 56420 56421 56422 56423 56424 56425	
56426 56427 56428 56429 56430 56431 56432 56433 56434 56435	
56436 56437 56438 56439 56440 56441 56442 56443 56444 56445	
56446 56447 56448 56449 56450 56451 56452 56453 56454 56455	
56456 56457 56458 56459 56460 56461 56462 56463 56464 56465	
56466 56467 56468 56469 56470 56471 56472 56473 56474 56475	
56476 56477 56478 56479 56480 56481 56482 56483 56484 56485	
56486 56487 56488 56489 56490 56491 56492 56493 56494 56495	
56496 56497 56498 56499 56500 56501 56502 56503 56504 56505	
56506 56507 56508 56509 56510 56511 56512 56513 56514 56515	
56516 56517 56518 56519 56520 56521 56522 56523 56524 56525	
56526 56527 56528 56529 56530 56531 56532 56533 56534 56535	
56536 56537 56538 56539 56540 56541 56542 56543 56544 56545	
56546 56547 56548 56549 56550 56551 56552 56553 56554 56555	
56556 56557 56558 56559 56560 56561 56562 56563 56564 56565	
56566 56567 56568 56569 56570 56571 56572 56573 56574 56575	
56576 56577 56578 56579 56580 56581 56582 56583 56584 56585	
56586 56587 56588 56589 56590 56591 56592 56593 56594 56595	
56596 56597 56598 56599 56600 56601 56602 56603 56604 56605	
56606 56607 56608 56609 56610 56611 56612 56613 56614 56615	
56616 56617 56618 56619 56620 56621 56622 56623 56624 56625	
56626 56627 56628 56629 56630 56631 56632 56633 56634 56635	
56636 56637 56638 56639 56640 56641 56642 56643 56644 56645	
56646 56647 56648 56649 56650 56651 56652 56653 56654 56655	
56656 56657 56658 56659 56660 56661 56662 56663 56664 56665	
56666 56667 56668 56669 56670 56671 56672 56673 56674 56675	
56676 56677 56678 56679 56680 56681 56682 56683 56684 56685	
56686 56687 56688 56689 56690 56691 56692 56693 56694 56695	
56696 56697 56698 56699 56700 56701 56702 56703 56704 56705	
56706 56707 56708 56709 56710 56711 56712 56713 56714 56715	
56716 56717 56718 56719 56720 56721 56722 56723 56724 56725	
56726 56727 56728 56729 56730 56731 56732 56733 56734 56735	
56736 56737 56738 56739 56740 56741 56742 56743 56744 56745	
56746 56747 56748 56749 56750 56751 56752 56753 56754 56755	
56756 56757 56758 56759 56760 56761 56762 56763 56764 56765	
56766 56767 56768 56769 56770 56771 56772 56773 56774 56775	
56776 56777 56778 56779 56780 56781 56782 56783 56784 56785	
56786 56787 56788 56789 56790 56791 56792 56793 56794 56795	
56796 56797 56798 56799 56800 56801 56802 56803 56804 56805	
56806 56807 56808 56809 56810 56811 56812 56813 56814 56815	
56816 56817 56818 56819 56820 56821 56822 56823 56824 56825	
56826 56827 56828 56829 56830 56831 56832 56833 56834 56835	
56836 56837 56838 56839 56840 56841 56842 56843 56844 56845	
56846 56847 56848 56849 56850 56851 56852 56853 56854 56855	
56856 56857 56858 56859 56860 56861 56862 56863 56864 56865	
56866 56867 56868 56869 56870 56871 56872 56873 56874 56875	
56876 56877 56878 56879 56880 56881 56882 56883 56884 56885	
56886 56887 56888 56889 56890 56891 56892 56893 56894 56895	
56896 56897 56898 56899 56900 56901 56902 56903 56904 56905	
56906 56907 56908 56909 56910 56911 56912 56913 56914 56915	
56916 56917 56918 56919 56920 56921 56922 56923 56924 56925	
56926 56927 56928 56929 56930 56931 56932 56933 56934 56935	
56936 56937 56938 56939 56940 56941 56942 56943 56944 56945	
56946 56947 56948 56949 56950 56951 56952 56953 56954 56955	
56956 56957 56958 56959 56960 56961 56962 56963 56964 56965	
56966 56967 56968 56969 56970 56971 56972 56973 56974 56975	
56976 56977 56978 56979 56980 56981 56982 56983 56984 56985	
56986 56987 56988 56989 56990 56991 56992 56993 56994 56995	
56996 56997 56998 56999 57000 57001 57002 57003 57004 57005	

An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne je 10000 M.	237032
8 Gewinne je 6000 M.	63403 17070 31278 370401
116 Gewinne je 3000 M.	20337 49131 152776 166887 174771 193239
216891 263336 323479 326331	
6 Gewinne je 2000 M.	16738 19844 22260 22270 69279 63427
79877 52739 109056 113021 128337 132430 132611 137429	
148487 151939 17029 172411 185689 169416 226790 265496 267192	
271409 300229 309327 314063 350808 35295 369359 37322 73337	
383575 387005	
116 Gewinne je 1000 M.	20094 29257 25226 25699 22200 40689
13822 58390 90211 91948 128398 131970 14703 145409 16659	
19291 18402 19587 19810 19810 20094 20200 210257 212520	
217523 21872 21872 22702 22702 22831 23263 23810 23854 24075	
265469 262699 26136 26902 27131 320272 333838 306663 306664	
36812 37142 37142 37142 37142 37142 37142 37142 37142 37142	
194 Gewinne je 500 M.	20

Wernigerode. Der von den Nationalsozialisten und der Stadtverwaltung im Stadtparlament gefällte Antrag auf Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen den Ersten Bürgermeister Dr. Oepel ist von der Regierung abgelehnt worden, da die vorgeschriebene Frist nicht ans-reichend seien. Die gegen den Bürgermeister erhobenen Vorwürfe stehen in Zusammenhang mit der Kostenüber-schreitung beim Bau der Regelhalle und dem Kleinfüh-wegsbaue. Die Fraktionen erwägen nunmehr die Frage eines privatrechtlichen Vorgehens gegen Dr. Oepel.

Galbe. Ein Großfeuer vernichtete die Scheune des Landwirts Schwarz mit der gesamten Ernte. Auch das Federvieh und zwei Schweine sind verbrannt. An den Rettungsarbeiten beteiligten sich die Wehren aus Stäuf-furt, Galbe, Wernburg und anderen Orten. Bei den Lös-charbeiten die sich sehr schwierig gestalteten, da das Wasser aus der einen Kilometer entfernten gelegenen Saale ge-pumpt werden mußte, erlitten zwei Feuerwehrleute Rauch-bergiftungen.

Zwei Landarbeiterinnen vom Blitz getötet.

Wanzleben. Ueber Klein-Wanzleben ging ein schweres Unwetter nieder. Ein Blitz schlug in eine Gruppe Feld-arbeiter. Eine weibliche Lohnarbeiterin wurde getötet, die übrigen Leute fielen bedäuf zu Boden, ohne jedoch weiteren Schaden zu erleiden. Ein anderer Blitzschlag zerk-te einen Strohhalm in Brand. Der Gewitterregen löschte aber das Feuer. In Wanzleben selbst wurde ebenfalls ein Landarbeiter auf dem Felde vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet, andere Arbeiterinnen erlitten schwere Brandwunden.

Refordirkt führt zum Tode.

Neuhaldensleben. Dem 21jährigen Sohn des Haupt-manns Bennenitz, der sich an einem Schuffest in Eisleben beteiligte, wurde beim Strotentauschen vermutlich durch Ueberanstrengung die Lunge zerissen. Bennenitz starb nach am gleichen Abend im Neuhaldenslebener Kran-kenhaus.

Kommunisten und Sozialdemokraten nicht befähigt.

Schönebeck-Ad Calsleben. Der Regierungspräsi-dent hat die unbefohlenen Magistratsmitglieder von Schö-nebeck-Ad Calsleben befähigt mit Ausnahme des Kom-munisten Koller und des sozialdemokratischen Disberger Stadtrats Kreffe. Gegen Kreffe ist ein Verbot in der Schwere wegen Beleidigung des nationalsozialistischen Stadtratsordneners Walker. Der Magistrat nahm hiervon Kenntnis und faßte einstimmig den Beschluß, den Re-gierungspräsidenten zu bitten, trotzdem Stadtrat Kreffe zu befähigen.

Gerbsdorf (Kr. Delitzsch). Der 13jährige Schüler Meier ist bei der Erntearbeiten tödlich verunglückt. Als er im Auftrage eines Gutbesitzers einen leeren Ernte-wagen aufs Feld fahren wollte, scheiterte die Pferde und gingen durch. Der Wagen fiel vom Wagen und geriet unter die Räder, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

Jördis (Kr. Wittenfeld). Das Haus des Landarbeit-ers Sch. wurde von einem Brand heimgesucht, der den Dachstuhl in Asche legte. Außer großen Stroh- und Ge-treidevorräten verbrannten Wäsche und Gebirgswaren. Das Feuer war dadurch entstanden, daß der kleine Sohn des Besitzers auf dem Strohhalm mit einer Dampfmaschine spielte, wobei das Stroh Feuer fing.

Diemitz. Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Per-sonenstrafwagen auf der Chaussee Diemitz-Hohenturm wurde der Führer des einen Autos, ein Berliner, so schwer verletzt, daß er in der hälligen Unterzitätsklinik starb.

Wenn man den Gemeindevorsteher bedroht.

Spergau (Kr. Merseburg). Einem Arbeitslosen wa-ren von seiner Unterführungs drei Mark einbehalten wor-den, weil er einen Tag Pflichtarbeit verläumt hatte. Der Arbeitslose verlangte darauf vom Gemeindevorsteher unter Drohung die Zahlung des einbehaltenen Betrags. Er wurde vom Gericht wegen verachteter ründerlicher Erprei-ung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, jedoch unter Zustimmung einer dreijährigen Bewährungsfrist.

Delitzsch. Gefährliche Getreidebede. Drei Einwohner aus Holzwicklig drangen in den Mittags-stunden in das Gehöft eines Landwirts in Bauptisch ein und schleppten zwei verarbeitete Säcke mit Getreide in ein hinter dem Gehöft befindliches Gehöft. Beim Ho-len eines dritten Sacks wurde die Diebe überrascht und verfolgt. Einer der Täter schoß auf die Verfolger, ohne jedoch zu treffen.

Geiffert wird ausgeliefert.

Deffau. Wie aus Prag verlautet, wird dem Antrag des Staatsministeriums, den in Prag festgenommenen ehemaligen Reichsdirektor Geiffert nach Deutschland auszu-liefern, entsprochen werden. Geiffert hat sich befähigt wegen Meinesdes zu verantworten.

Schwerer Verletzungsfall durch Fahrlässigkeit.

Gülden. Auf der Straße nach Wügersleben stürzten an einer hohen gepflasterten, mit Kies bedeckten Stelle zwei Motorräder schwer. Eine Dame aus Wügelms-hagen mußte in bewußtlosen Zustand, mit einer schweren Kopfverletzung und einer Gehirnerkältung ins Kranken-haus gebracht werden. Schuld an dem Unfall war, daß die Pfahlerstelle nicht ordnungsgemäß durch Fährchen oder Tafeln gekennzeichnet war.

Die Rache der „Vertriebenen“.

Halberstadt. Auf dem Adergrundstück von Hans Wen-tel in Wehrstedt bei Halberstadt wurde eine ehrenfuchende Frau von dem Besitzer vom Feld getrieben. Als sie zu Hause ihrem Ehemann von dem Vorkommnis erzählte, machte er sich mit drei Männern auf den Weg, um Wentel zur Rede zu stellen. Unterwegs trafen sie den Bruder des Besitzers mit einem Fuhrwerk, den sie für den Gejandten hielten. Sie überfielen und mißhandelten ihn in brutaler Weise. Mit einem Lungenstich und zwei Kopf-verletzungen mußte er in bewußtlosem Zustand ins Hal-berstädter Krankenhaus übergeführt werden. Einer der Täter konnte bereits festgehalten werden.

„Do. X“ im Hamburger Hafen. Im Bürgermeisterberaal des Hamburger Rathauses fand der offizielle Empfang der „Do. X“-Belagung durch den Senat statt. Bürgermeister Roh hieß den Kommandanten, Kapitän Christensen, und seine Leute nochmals in Hamburg willkommen und sprach anerkennende Worte über die Leistungen des Schiffes und seiner Besatzung aus. Kapitän Christensen dankte im Na-men der „Do. X“-Besatzung für den herzlichsten Empfang. Anschließend fand ein gefälliges Beisammensein im Kaiser-saal statt. Auf Witten des Senats trug sich Kapitän Chri-stensen in das Goldenen Buch der Stadt Hamburg ein, und zwar auf demselben Blatt, das bereits die Namen der deut-schen Ozeanflieger trägt.

Gülden. Das Reichswahlfahrtsamt Wernburg hatte den Magistrat ersucht, die Pflichtarbeit für Unterführungs-empänger einzuführen und die Unterführung nur bei Leistung dieser Arbeit zu zahlen. Die Gemeindevorsteher lehnten die Einführung der Pflichtarbeit nach längerer Aussprache ab. Auch der Etat für 1932, der mit einem Fehlbetrag von nahezu 100.000 Mark abgesehen, wurde abgelehnt.

Herbstarbeit des Landwirts.

Mehr als in früheren Jahren ist Aufwands infolge Mangels an Dörsen auf die Ernährung der Bevölkerung aus Erzeugnissen der eigenen Scholle angewiesen. Das bedeutet für die heimische Landwirtschaft eine Verbelebung der Absatzmöglichkeiten für die eigene Erzeugung, da die Lebensmittelpreise des deutschen Marktes nicht unter die glücklichen Verhältnisse und daher billiger erzeugten Produkten der ausländischen Landwirtschaft in Zukunft unmöglich ist. Aus diesem Grunde kann und muß der deutsche Landwirt in seinem eigenen Interesse alle Maßnahmen treffen, die ihm die Gewähr für große und qualitativ hochwertiger Ernte-erträge im nächsten Jahre bieten. Eine dieser Maßnahmen ist die rechtzeitige Verbringung der Winterernte im Herbst mit den Hauptnährstoffen Phosphorsäure, Kali, Kalk und vor allem Stick-stoff. Verzicht auf die Düngung der Winterernte auf das Frühjahr, so kann auf den besten, schon abzunehmenden Nährstoff der Verbringung der jungen Pflanzen mit diesen für ihren Aufbau notwendigen Nährstoffen nicht rechtzeitig erfolgen, so daß eine harmonische Entwicklung der Kulturen in Frage gestellt sein kann. Von den Stickstoffdüngemitteln verwendet man zur Herbstdüngung der Winterernte am ehesten Kalkstickstoff, da dieser der Aus-waschung nicht unterliegt und gleichzeitig beträchtliche Mengen kalkwirksamen Kalzes enthält. Bringt man doch mit 100 kg Kalkstickstoff eine Kalkmenge in den Boden, die der Wirkung 10 bis 12 kg Braunkalk entspricht. Die Wirkung des im Herbst zu-erbrachten Kalkstickstoffs setzt sich in einer guten Bodenlockerung und nachhaltigen Wirkung der Vogerichte und erhöht die Qualität der erzeugten Ernte. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß der Kalkstickstoff die Samen vieler lästiger Unkräuter des Wintergetreides in ihrer Keimfähigkeit schädigt, so daß die Un-kräuter, die im Herbst eine Kalkstickstoffdüngung erlitten haben, in der Regel viel weniger Ankrut aufweisen als die nicht mit Kalkstickstoff versehenen Schläge. Der deutsche Landwirt, der heute mit einem Vermittler rechnen muß, sollte sich die Vorteile der Herbstdüngung mit Kalkstickstoff stets vor Augen halten. Er dürfte dann sicher seinem Wintergetreide ein mögliches einen Teil der Erntehöchstleistung im Herbst in Form von Kalkstickstoff verorbolen, zumal dieses Düngemittel im Herbst bedeutend billiger als im Frühjahr zu bestehen ist. **W. P. Landmann, Wernburg**

Wirtschaftlicher Vorkundbericht.

mitgeteilt von der Wirtschaftlichen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Kemberg.
Nach dem Reichsbankausweis vom 30. Juli ds. Js. hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank um 350 Mill. RM auf 3744,4 Mill. RM erhöht. Der Umlauf an Reichsbanknoten ver-mehrte sich um 244,9 Mill. RM auf 3966,9 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold und dringensfähige Devisen betrug am 30. Juli 22,5%, gegen 24% in der Vormonatsperiode. Nach dem letzten Vorkundbericht des Statistisches für den Jahres-bericht treten in der allgemeinen Wirtschaftslage der Welt einige günstige Symptome neuerdings stärker in den Vordergrund. Wenn auch das Umlauf- und Produktionsvolumen bis in die jüngste Zeit hinunter gesunken ist, so glaubt man doch, wiezwecks ein Abflingen der Wirtschaftlichen Konjunkturlage beobachtet zu können, von der die Herbst- und Winterernte allgemein erfüllt waren.
Die auf den 31. August 1932 berechnete Groß-handelsbilanz des Statistisches Reichsamtes betrug 96,6 gegen-über 95,8 der Vormonatsperiode. Im Monatsdurchschnitt Juli stellte sich die Großhandelsbilanz auf 94,9.

Sammeltassen
Reiche Auswahl — Schöne Muster — Billige Preise
bei
Richard Arnold, Kemberg
Leipziger Strasse und Markt
Prima frisches
Rind- und Hammelfleisch
empfehlen
Ernst Bachmann
Morgen Donnerstag
früh 7 Uhr
Speckfuchen
Bäckerei Mattheß

4 Wochen kostenlos
lernen wir Ihnen gegen Einsendung des anhängenden Gutscheines die „Wirtschaftlichen Kurzbriege“.
Was die WK sind?
Deutschlands größte Zeitschrift für Steuerwesen und Wirtschaftskunde!
Die Zeitschrift, zu deren Mitarbeitern einige der gesuchtesten Steuer- und Wirtschaftsrechtler gehören!
Die Zeitschrift, die über einen vorbildlichen Kundendienst verfügt und nachweislich Zehntausende von Spezialaus-kräften an ihre Abonnenten erteilt!
Die Zeitschrift, die infolge ihrer einzigartigen technischen Gestaltung die verschiedenartigsten Nachschlagearten bietet.
Mehr als 46000 fortschrittliche Köpfe gehören zu den Abonnenten. Auch Sie sollten sich diese Einrichtung zunutze machen. Es wird bestimmt Ihr Vorteil sein. Bitte schicken Sie uns also den Gutschein ein!
Gutschein! Rudolf LORENTZ Verlag
Charlottenburg 9
Kaiserdamm 38
Liefere Sie mir — uns, wie versprochen, die WK 4 Wochen vollkommen kostenlos u. unverbindlich

Von der
Lehrmeister-Bücherei
haben wir vorrätig:
Wie beschäftige ich mein Kind?
Eßt ihr Gemüse.
Die Konditorei im Hause.
Getränke und Erfrischungen.
Anleitung zur Hauswirtscherei.
Arbeiten aus Seidenresten.
Rundfunk-Experimentierbuch.
Selbsterstellung wirklicher Flug-modelle.
Einführung in das Stizieren.
Nicht am Lager befindliche Bücher werden schnellstens zu Original-preisen besorgt.
Richard Arnold, Buchhandlg.
Apfel und Birnen
kauft
Hermann Doff, Weinbergstraße
Sport-Berein Rot-Weiß
Donnerstag, den 18. August, abends 7/9 Uhr
Monats-Berammlung
Anschließend
Spiele-Sitzung
Der Vorstand
Hotel Palmbaum
Sonntag, den 21. August
Ernte-Fest

Mit Glas schreiben
heisst
leicht schreiben
schnell schreiben
und mit Tinte durchschreiben
Diese Vorteile bietet Ihnen der
HARO
Füllhalter mit der auswechselbaren Original-HARO-Glasfeder mit der blauen Kugel
Mit der massiven, fein polierten Glasfeder schreiben Sie ohne Spinnen weiß u. fließ wie mit Blei. Sie schreiben aber mit Tinte. Die Glasfeder können Sie selbst leicht auswechseln. Die Original-HARO-Glasfeder, für jede Handschrift passend, (fein, mittel, stumpf) kostet 30 Pf.
Machen Sie sich eine überaus praktische Schreibvorrichtung
zu haben bei **Richard Arnold, Leipziger Straße u. Markt**
Küchenkanten empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold.**
Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Silberhochzeit danken herzlichst
Alb. Hamann und Frau
Kemberg, den 17. August 1932.

Kostenantrag-Formulare empfiehlt ab Lager **Rich. Arnold.**
Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 308

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliches Sonntagsblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,75 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Kleinzeile 10 Pfg., Ausnahmestellen 20 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10.— M. das Ausland, zuzüglich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 97

Donnerstag, den 18. August 1932

34. Jahrg.

Export stärkt den Binnenmarkt

Das Schlagwort von der Bedeutung des Binnenmarktes beherrscht in letzter Zeit bestimmend jede handelspolitische Debatte. In Zeitungen oder Schattierungen, in den Reden der Politiker und Wirtschaftler, auf Tagungen und in Rundgebungen, immer wieder hört man in mehr oder minder abgewandelter Form den Satz: Nur durch die Wiederaufrichtung und sorgsame Pflege des Binnenmarktes kann langfristig aber sicher eine durchgreifende Gesundung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden.

Gewiß, die Wiederaufrichtung des deutschen Binnenmarktes ist ein ertrebenwertes Ziel, Industrie und Landwirtschaft sind sich in ihm einig, und die gegenwärtigen Leiter der deutschen Handelspolitik werden immer wieder, daß sie alles tun werden, um es zu erreichen.

Aber schon die nächste Frage: Wie ist die Wiederaufrichtung des Binnenmarktes zu erreichen? bildet den Anlaß zu mancherlei Streitigkeiten und hat eine Reihe von tiefen Gegenfragen entstehen lassen, die zu überbrücken nicht zu leicht sein werden. Welche dieser Fragen sind nun die wichtigsten und einseitigen Interessen an die Lösung dieser Frage herangehen. Denn mit der praktischen Anwendung des schönen Wortes „Getrennt markieren, vereint schlagen“, ist es in diesem Falle nicht getan, man muß sich schon auf den einen Weg einigen, der für beide, Industrie und Landwirtschaft, gangbar ist. Er dürfte nicht schwer zu finden sein, die von dietantischen und vermeintlichen Handelspolitikern angeduldeten Schwierigkeiten sind in Wirklichkeit leicht überwindlich. Wie immer liegt er in der Mitte, Abwägung muß der gute Wille zur Verständigung vorhanden sein. Wenn auf beiden Seiten etwas nachgegeben wird, kann und muß das Ziel erreicht werden.

Wesentlich für die Wiederaufrichtung des Binnenmarktes ist die Sanierung der Landwirtschaft. Sie leidet seit langem an einer schweren Schuldenlast und unzulängliche Preise ließen ihre Produktion schon vor Jahren unrentabel werden. Die unter der Regierung Brüning durchgeführten Zollerhöhungen und anderen politischen Maßnahmen sind nur zum geringen Teil wirksam gewesen und haben einer weiteren Verschlechterung der landwirtschaftlichen Lage nicht Einhalt gebieten können. Seit langem ruft die Landwirtschaft nach neuen Zollerhöhungen und nach Einfuhrkontingenten, die ihre Produktion wieder einigermaßen rentabel gestalten sollen.

Aber mit Zollerhöhungen und Kontingenten ist es allein nicht getan, es kommt noch ein anderer, sehr wesentlicher Faktor hinzu, der meistens übersehen wird: die Kaufkraft der Inhaberschaft. Was helfen alle Zollerhöhungen und Kontingentierungen, wenn die deutsche Bevölkerung nicht in der Lage ist, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einem Preise zu kaufen, der der Landwirtschaft auch nur den beizulegenden Nutzen läßt? Die preissteigende und preisverhörende Wirkung der Agrarzölle und Kontingente hat bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ihre Grenze erreicht, wozu auch die in den letzten Jahren zunehmende Annäherung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion an die Selbstversorgung nicht unwesentlich beigetragen hat. Das muß einmal mit aller Deutlichkeit gelagt werden. Es müssen ja auch in Wirklichkeit der Landwirtschaft die höchsten Preise nicht, wenn die Mehrheit des Volkes nicht mehr in der Lage ist, sie zu bezahlen.

Diese Entwicklung schafft für die deutsche Handelspolitik eine neue Situation, die zu einer starken Vorrichtung in der Anwendung der von landwirtschaftlicher Seite geforderten handelspolitischen Maßnahmen zwingt. Die volumetrische Butterabregelung und die überraschende Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden haben gezeigt, welche nachteiligen Folgen diese Maßnahmen für den deutschen Export gehabt haben. Wie in einem Kreislauf wirken sie letzten Endes wieder auf die Landwirtschaft zurück, da Einfuhr und Ausfuhr weitgehend gegenseitig bedingt sind. Es ist ein natürlicher Vorgang, daß Einfuhrbeschränkungen den ausländischen Importeuren vorteilhaft und im Gegenteil, keine Waren in Zukunft aus einem Lande zu beziehen, das auf seine handelsinteressen mehr Rücksicht nimmt. Exportrückgang aber bedeutet neue Arbeitslosigkeit, neue Schrumpfung des Binnenmarktes, neuer Abgang der Landwirtschaft. Nach 3,3 Millionen Menschen beschäftigt die Exportindustrie, rund 10 Millionen ernährt und über 750 000 Arbeitslose erhält sie durch die Beiträge der durch sie Beschäftigten. Diese Zahlen mahnen eindringlich zu einer ausgiebigen Handelspolitik, die es versteht, ohne einseitige Bevorzugung einer einzelnen Produktionsgruppe, die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie auf einander abzustimmen und beide in erprobtester Zusammenarbeit dem Binnenmarkt dienlich zu machen.

Weitere Exportminderung

Rückgang des Ausfuhrüberschusses auf 66 Millionen RM. Berlin, 17. August.

Nach dem Ausweis über den deutschen Außenhandel im Juli ist der Ausfuhrüberschuß von 79 Millionen RM auf 66 Millionen RM zurückgegangen.

Im Vormonat betrug der Ueberüberschuß einschließlich der Reparationszahlleistungen 10 Millionen RM. Dies kamen aber jetzt nach Abschluß des Kaufmännischen Vertrages nicht mehr in Frage. Die Einfuhr stieg von 364 Millionen RM auf 366 Millionen RM. Einer Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen um 3 Millionen RM und von Lebensmitteln um etwa 4 Millionen RM steht ein Rückgang der Fertigwareneinfuhr um 1,5 Millionen RM gegenüber. Der Menge nach hat aber auch die Fertigwareneinfuhr leicht zugenommen. Die Ausfuhr verminderte sich um 22 Millionen von 454 auf 432 Millionen RM. Der Rückgang entfällt im wesentlichen auf den Warenabfluß nach der UdSSR, der starken Schwankungen unterliegt. Im übrigen steht einer Zunahme der Ausfuhr nach Großbritannien ein Rückgang im gleichen Umfang bei der Ausfuhr nach Frankreich gegenüber. Der Rückgang der Ausfuhr entfällt allein auf die Fertigwarenausfuhr. Einen wesentlichen Minderabfluß haben erlitten nicht-elektrische Maschinen, davon insbesondere Werkzeugmaschinen, sowie Eisenabfälle.

Warum Hitler ablehnte

Eine nationalsozialistische Parteierklärung über das Scheitern der Berliner Verhandlungen.

München, 16. August.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht unter der Überschrift „Hitlers Nein!“ grundsätzliche Betrachtungen, in denen es heißt: Hitlers Ablehnung der Bizekanzlerpolitik unter der Herrschaft von Papens war eine Tat! Der durchgehende Verzicht, die NSDAP durch einen wohlüberlegten Schritt, durch eine Belassung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit, gewissermaßen auf kaltem Wege zu erledigen, ist an dem klaren und westlichen Gedankengang des Führers selbst gescheitert. Die Politik der Regierung von Papen, hinreichend gekennzeichnet durch die Verneinung der Armen auf schwerer belastende und für die NSDAP untragbare Notverordnung, kann niemals die Politik der NSDAP sein.

Eine Regierung, in der die NSDAP nicht führt, sondern nur vertreten ist, wird niemals eine Wende des deutschen Schicksals herbeiführen können.

Wir wollen keine Politik der Zögerrückheit und halben Maßnahmen, wir wollen eine Politik der Kühnheit und Tat, die heute allein das deutsche Volk retten kann! Eine solche nationalsozialistische Politik aber, die auftritt mit dem ganzen verstaubten Puder des bisherigen Systems und eine grundlegende Neuordnung der Dinge in Angriff nimmt, kann nicht von Beuten geführt werden, die die Zeichen der Zeit auch heute noch nicht verstanden haben, sondern nur von Nationalsozialisten. Das ist der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden und dem nunmehr auch die Staatspolitik Rechnung zu tragen hat. Demgemäß hat Adolf Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert.

Von der alleinigen und ausschließlichen Uebernahme der Regierung ist seitens der NSDAP nicht die Rede gewesen. Aber was über allem politischen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, was man selbst dem Marxismus zugebilligt, wird der NSDAP unter den fabelhaftesten Bedingungen verweigert. Darauf konnte es für den Führer

gierung von Papen nach den Absätzen zu interpretieren, und nur dieses Verprechen nicht gehalten ist. Umwar, eben! Umwar ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der NSDAP habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Uebergabe der gesamten Regierungsgewalt in vollem Umfange gefordert.

„Sib nicht nach! Bleibe hart!“

Hitler über die Regierungsverhandlungen.

München, 17. August

Adolf Hitler gewährte einem Vertreter der „Ameisich-Wesfälischen Zeitung“ eine Unterredung, in der er sich zu einigen die Berliner Regierungsverhandlungen betreffenden Fragen äußerte. Er erklärte, er betrachte die Vereingung des Reichspräsidenten in den Gang einer Regierungsumbildung als eine Uebertragung der Verantwortlichkeit von den Schultern des Reichspräsidenten auf die Schultern des Reichspräsidenten. Im übrigen ist er nicht auf seinen Wunsch nach Berlin gefahren, sondern geblieben.

Er habe erklärt, daß in seinen Augen die Verantwortung für die gescheiterte Regierungsumbildung selbstverständlich der Reichspräsident von Papen zu tragen habe, daß infolgedessen ein Verzicht bei Hindenburg für ihn nicht in Frage kommen könne und daß er nun denn bereit sei, dem Reichspräsidenten einen Verzicht abzugeben, wenn dieser auch seinen entgegengesetzten Verzicht gelöst habe, sondern zunächst nur die verschiedenen Auffassungen kennenlernen wolle. Es ist dies aber, wie sich herausstellen sollte, nicht der Fall gewesen. Der Verzicht des Reichspräsidenten habe bereits vorgelegen. Der Reichspräsident selbst erklärte dann ebenfalls, daß ein Verzicht bereits festliege.

Auf eine Frage des Berichterstatters erklärte Hitler weiter: Es ist richtig, daß ich darauf versichert habe, dem Reichspräsidenten gegenüber meinen Standpunkt zu vertreten, da mir die loben geschriebene merkwürdige Art, mich zu dem Reichspräsidenten zu bewegen, sowie die an sich schon feststehende Entscheidung des Reichspräsidenten keine Veranlassung geben konnte, mich noch einmal der Argumente zu bedienen, die ich dem verantwortlichen politischen bereits vorgeordnet hatte. Auf eine weitere Frage des Berichterstatters erklärte Hitler, daß er und seine Bewegung weiterkämpfen würden. Die Regierungstätigkeit der heutigen Reichsregierung werde seiner Ueberzeugung nach zum Chaos führen. Auf die Frage des Berichterstatters, ob es richtig ist, daß Hitler die schärfste Opposition der NSDAP gegen die Regierung Papen angekündigt hat, erwiderte Hitler:

Die nationalsozialistische Bewegung trete gegenüber der heutigen Reichsregierung in Opposition. Die Schärfe dieser Opposition werde bestimmt durch die Größe des Schadens, der durch das Unterbleiben einer Opposition entliehen würde.

Auf die Frage, ob Hitler nicht glaube, daß es besser gewesen wäre für die NSDAP, den Spieß in der Hand zu haben, hat die Taube auf dem Dach, erwiderte Hitler: Nein. Ich werde niemals für ein Vorgehen die Entscheidung verfallen. Im grundsätzlichen Dingen nehme ich lieber jeden Kampf und jede Verfolgung an, als daß ich mir oder der Bewegung jemals untreu würde.

Der Berichterstatter fragte weiter, wie Hitler glaube, daß seine Entscheidung bei den Mitgliedern der NSDAP angenommen wird. In der Antwort Hitlers heißt es: Die Mitglieder der Partei wissen, daß ich niemals unerträgliche Kompromisse für die Bewegung schließen würde. Sie wissen, daß ich jederzeit bereit bin, mein Leben für die Bewegung einzusetzen. Als ich dann nachts von Berlin wegsuhr, hand eine große Menschenmenge um meinen Wagen und schrie mir zu: Ich habe mir nur zwei Sätze gemerkt:

Sib nicht nach! Bleibe hart!

Der Berichterstatter fragte dann weiter, wie groß die Zahl der Terrorakte gegenüber den nationalsozialistischen Parteimitgliedern sei. Hitler antwortete: Die Zahl der Terrorakte der marxistischen Parteien gegen unsere Bewegung geht nunmehr in viele Hunderttausende.

Die Zahl der Toten beträgt über 300, die Zahl der Verletzten betrug im vergangenen Jahre über 6000, in diesem Jahre aber in 7 1/2 Monaten bereits über 8200.

Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwauchen lassen dürfen die dumme Phrase von Ruhe und Ordnung. Durch dieses erbärmliche bürgerliche Geschwätz ist nicht einer meiner toten Kameraden lebendig geworden, nicht ein Krüppel wurde wieder gesund, nicht einem Verletzten wird dadurch geholfen. Die nationalsozialistische Bewegung hat legal bis auf das äußerste gekämpft.

Das Abschlagen aber nimmt bald ein Ende. Ich selbst werde mich gezwungen sehen, den Parteien eine Notwehrrecht zu bestehlen, das die roten Tische-Methoden aber dann wirklich schicksalhaft befehlen wird.

Auf die Frage, wie er sich den weiteren Weg seiner Partei denke, antwortet Hitler: Die Partei kämpft um die Macht, ihr Weg wird bestimmt durch die Methoden des Kampfes der Gegner.



Präsident der NSDAP, Adolf Hitler, hat die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Verprechen abzugeben, die Re-